



## Programmdebatte I:

# Die jungen „Netzwerker“ in der SPD und ihre Impulse für ein neues Grundsatzprogramm

Am 7. November 2003 präsentierten die jungen „Netzwerker“ in der SPD unter dem Titel „Die neue SPD – Menschen stärken, Wege öffnen“ ihre als Impulse verstandenen Vorstellungen für ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Bis Ende 2004 wollen die Sozialdemokraten ihr altes Berliner Programm aus dem Jahre 1989 ablösen. Die Programmkommission der SPD war bei dem Vorstoß der „Netzwerker“ bewusst umgangen worden. Die Parteilinke hatte dieses Vorgehen scharf kritisiert. Angegriffen worden war auch Olaf Scholz, der bei einer Klausurtagung der Nachwuchspolitiker in Bad Münstereifel anwesend war und die Vorschläge der „Netzwerker“ wohlwollend kommentierte. Wer sind die „Netzwerker“ in der SPD? Was sind ihre Positionen? Welche Rolle spielen sie in der programmatischen Debatte um ein neues Grundsatzprogramm?

## Inhalt

|   |                |
|---|----------------|
| <b>1. Zentrale Empfehlungen – weitere Schritte</b>        | <b>Seite 2</b> |
| <b>2. Das „Netzwerk Berlin“</b>                           | <b>Seite 2</b> |
| <b>3. Die Programmdebatte in der SPD</b>                  | <b>Seite 3</b> |
| <b>4. Das Programm der „Netzwerker“</b>                   | <b>Seite 4</b> |
| <b>5. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung</b> | <b>Seite 6</b> |

## **1. Zentrale Empfehlungen – weitere Schritte**

Die Programmvorschläge haben die „Netzwerker“ auf einer Klausurtagung in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel Anfang Oktober 2003 erarbeitet. Die Fachtagung wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe „Die Zukunft der sozialen Demokratie“ veranstaltet und sollte ein Forum für den Austausch von Wissenschaft und Politik bieten. Mit der Veröffentlichung will man eine breite Diskussion über die Wege zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen in unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert ermöglichen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte diese Diskussion kritisch begleiten und sich in loser Folge mit einzelnen Aspekten der Programmdebatte innerhalb der SPD beschäftigen. Als nächster Schritt ist ein Beitrag zum Gerechtigkeitsbegriff geplant.

## **2. Das „Netzwerk Berlin“**

Das „Netzwerk Berlin“, so die offizielle Bezeichnung, besteht aus etwa 45 meist jungen und pragmatisch orientierten SPD-Bundestagsabgeordneten und Landespolitikern. Mehr als 40 Mitglieder sind Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Geschäftsführer ist Jürgen Neumeyer.

Zu den bekannteren Bundestagsabgeordneten gehören Kurt Bodewig, Hans Martin Bury (Staatsminister im Auswärtigen Amt), Ulrich Kelber, Christoph Matschie (Parlamentarischer Staatssekretär und Vorsitzender der SPD Thüringen) und Ute Vogt (Parlamentarische Staatssekretärin und Vorsitzende der SPD Baden-Württemberg). Zu den prominenten Landespolitikern zählen Sigmar Gabriel, Matthias Platzeck und Harald Schartau. Zum „Netzwerk“ gehören auch der Kölner SPD-Chef Jochen Ott und der hessische Fraktionsvorsitzende der SPD, Jürgen Walter.

Das Netzwerk formierte sich 1999 als eine Art Selbsthilfegruppe mehrerer junger Abgeordneter aus der SPD-Fraktion. Man sieht das Netzwerk als Plattform und „Motor der Erneuerung“ der SPD (Hubertus Heil). Neben den Bundestagsabgeordneten und Landespolitikern hat das Netzwerk einen Verteiler mit rund 2.000 Adressen aufgebaut. Als Sprachrohr gibt die Gruppe seit 1999 die Zeitschrift „Berliner Republik“ heraus. Seit 2001 erscheinen sechs Hefte pro Jahr.

Die „Netzwerker“ sehen sich als die nächste Führungsgeneration der SPD. Bewusst bezeichnen sie sich als die „Nach 68er-Generation“. Auch der Ausdruck „Netzwerk Berlin“ zeigt, dass man in das Zentrum der Macht strebt. Es geht also auch um die Aufstellung der SPD für die Zeit nach Gerhard Schröder. Einstweilen unterstützt man jedoch die Politik des Bundeskanzlers und die „Agenda 2010“.

Zu den führenden Köpfen des „Netzwerkes“ gehören Sigmar Gabriel, Ute Vogt und Christoph Matschie. Gabriel, der sich offensichtlich bundespolitisch profilieren möchte, hatte die „Netzwerker“ in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Bad Münstereifel eingeladen.

### **3. Die Programmdebatte in der SPD**

In der offiziellen Grundsatzprogrammkommission der SPD wurde der Vorstoß der „Netzwerker“, die ihre Vorschläge nicht in die Beratung eingebracht hatten, zum Teil mit Verwunderung und Ärger aufgenommen. Von Seiten der „Netzwerker“ war das Papier als gezielte Provokation gegen die Parteilinken und etablierten Parteiintellektuellen gedacht. Noch vor der offiziellen Vorstellung der Programmimpulse der „Netzwerker“ am 7. November 2003 präsentierten daher die Vertreter der Parteilinken einen Text und legten ihn der Kommission vor. Zu den Autoren dieses Papiers „Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD“ gehören die stellvertretenden Parteivorsitzenden Thierse und Wieczorek-Zeul sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Müller und Erler.

#### **Der Gerechtigkeitsbegriff**

Die entscheidende Debatte zwischen „Netzwerkern“ und den Vertretern des „Gegenpapiers“, zwischen Konservativen und Linken, teils auch zwischen Jung und Alt in der SPD, ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Während die Parteilinken den Begriff der „öffentlichen Güter“ in den Vordergrund sozialdemokratischer Politik stellen, betonen die „Netzwerker“ individuelle Freiheit und Eigenverantwortung. Heißt es bei den Parteilinken: „Soziale Gerechtigkeit ist ein allgemeines öffentliches Gut, das durch eine ganze ‚Infrastruktur‘ von konkreten öffentlichen Gütern gewährleistet wird“, so betonen die jungen Pragmatiker mit dem Begriff der „Chancengesellschaft“ Möglichkeiten und nicht Rechte in der Gesellschaft.

Es gibt aber auch Signale, dass man aufeinander zugeht: So wollen die Parteilinken die Frage der Gerechtigkeit im neuen Parteiprogramm nicht ausschließlich unter den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, sondern unter den Gesichtspunkt der Beteiligungsgerechtigkeit stellen. Auf der anderen Seite konnten die „Netzwerker“ sich nicht dazu entschließen, die von dem Dortmunder Politikwissenschaftler und ehemaligen Berater Willy Brandts Thomas Meyer vorgeschlagene Formulierung, es gebe in dynamischen Gesellschaften auch eine „gerechtfertigte Ungleichheit“, in das Programm aufzunehmen.

Olaf Scholz versuchte, den programmatischen Vorstoß der „Netzwerker“ für seine eigene Position zu nutzen. Im Sommer hatte er angeregt, den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ neu zu definieren. Scholz hatte gefordert, dass neben der Verteilungsgerechtigkeit auch die Teilhabechancen eine größere Beachtung verdienen müssten. Im Programmentwurf der „Netzwerker“ spielt der Begriff der „Teilhabe“ eine wichtige Rolle. Im Entwurf der Parteilinken ist wie bereits erwähnt von „Beteiligungsgerechtigkeit“ die Rede. Auch Scholz hofft, die Kluft zwischen beiden Lagern überbrücken zu können.

#### **4. Das Programm der Netzwerker:**

##### **„Die neue SPD – Menschen stärken. Wege öffnen“**

#### **Freiheit und Chancengesellschaft**

Offiziell vorgestellt wurde das Papier von Sigmar Gabriel (Stellv. Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung), Christoph Matschie und Ute Vogt. Gabriel betonte, dass man an den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ weiter festhalten wolle. In der Vergangenheit habe man zu stark über die „Freiheit von ...“ und nicht über die „Freiheit zu ...“ diskutiert. So erklären die „Netzwerker“ in dem Papier ausdrücklich, man wolle „die Balance zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung neu bestimmen“. Hierfür schlage man den Weg in eine „moderne Chancengesellschaft“ vor.

Das rund 45-seitige Programm zeichnet sich durch eine pragmatische Kürze aus. Auch Olaf Scholz, der das Programm kommentierte, lobte, dass es in dem Papier „keine langen Ableitungen der Thesen“ aus der Vergangenheit gebe. Während der Vorstellung forderte Scholz die SPD auf, den Begriff der „neuen Mitte“ zur „solidarischen Mitte“ weiterzuentwickeln. Unter „solidarischer Mitte“ seien die Bürger zu verstehen, die sich für eine „inklusive Gesellschaft“, eine Gesellschaft die zusammenhalte, einsetzen. Der SPD geht es dabei darum, politische Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft zu organisieren.

Der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ bleibt von den jungen Netzwerkern unangetastet. Olaf Scholz hatte ihn dagegen vor einigen Wochen öffentlich zur Disposition gestellt. Bei der Vorstellung des Positionspapiers wurde der Begriff lediglich allgemein in Zusammenhang mit der SPD als Emanzipationsbewegung gebracht.

## Programminhalte

Mit ihrem Programm wollen die „Netzwerker“ einen „wichtigen Beitrag zur konzeptionellen Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie“ leisten. In ihrem als Manifest titulierten Papier geht es ihnen weniger um politische Instrumente als um übergreifende handlungsorientierende Ziele von Politik. Zugleich sehen die Verfasser in ihren Programmpunkten den „Entwurf einer in sich stimmigen und integrierten sozialdemokratischen Reformpolitik unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts“.

Zu Recht verweisen sie auf zwei erschreckende Zahlen bundesdeutscher Politik: Für den Schuldendienst und für Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung werden mehr als 114 Milliarden Euro aufgewandt. Für Investitionen in Bildung und Forschung sind es nur 12 Milliarden Euro. Mit Hilfe der „Agenda 2010“ soll dies geändert werden. An vorderster Stelle stehen für die „Netzwerker“ die Themen Bildung, Kinder- und Familienpolitik sowie die Reformen der Gemeindefinanzen und der sozialen Sicherungssysteme.

Das vorgelegte Programm soll für die anstehenden Veränderungen einen innerparteilichen Impuls setzen, um die nach einem offiziellen Beschluss der SPD im Jahre 1999 nur schleppend vorangekommene Grundsatzprogrammdebatte zu beschleunigen. Dabei richteten die „Netzwerker“ scharfe Angriffe gegen die „älteren Parteiintellektuellen“, die die Debatte beherrscht, ja nahezu monopolisiert hätten. Die „Netzwerker“ bemühen sich in ihrem Papier auch in der Sprache um eine deutliche Abgrenzung zu dem jargonverhafteten Ton früherer sozialdemokratischer Programmdokumente.

Das Programm der „Netzwerker“ erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, doch werden nahezu alle Bereiche der SPD-Theorie vom Menschenbild über einen neuen Parlamentarismus bis hin zum Ziel der Vollbeschäftigung genannt. Als Leitmotiv dient das Motto „Mehr Lebenschancen für mehr Menschen“. Dabei versteht man unter einer „sozialdemokratischen Lebenschancenpolitik“ und einer „Chancengesellschaft für das 21. Jahrhundert“ weit mehr als die Gewährleistung gleicher Startchancen: „Wir wollen erreichen, dass jeder Mensch immer neu die Chance zu einem eigenverantwortlichen Leben und zur Teilhabe an der Arbeit und den Möglichkeiten der Gesellschaft hat“, lautet einer der Kernsätze.

Auf der Arbeitstagung in Bad Münstereifel standen den „Netzwerkern“ als wissenschaftliche Gesprächspartner die Professoren Werner Abelshausen, Frank Decker, Wilhelm Heitmeyer, Rolf Heinze, Jürgen Kocka, Wolfgang Merkel, Thomas Meyer, Paul Nolte, Birger Priddat, Roland Roth, Fritz Scharpf, Wolfgang Schroeder, Nico Stehr und Michael Zürn zur Verfügung.

## Der Forderungskatalog

- Einführung „nachgelagerter **Studiengebühren**“ an den Hochschulen. Studierende sollen erst nach dem Examen und der Aufnahme eines Berufes „Beiträge in angemessener Höhe“ an die Hochschulen entrichten.
- **Kindertagesstätten** sollen demgegenüber langfristig kostenlos angeboten werden.
- Beamtenrechtliche Regelungen sollen auf Justiz, Polizei, Bundeswehr, Finanzverwaltung und diplomatischen Dienst beschränkt werden. Dies würde eine Abschaffung des **Beamtenstatus** für Lehrer und Hochschulprofessoren bedeuten.
- Umbau des **Sozialstaates** zu einem „vorsorgenden, aktivierenden und investiven Sozialstaat“, der Probleme – wo immer möglich – verhindert, bevor sie entstehen. Der erneuerte Sozialstaat soll zwar weiterhin ein notwendiges Maß an sozialer Sicherheit gewährleisten, vor allem aber soll er „Menschen stärken und neue Chancen eröffnen“. Die Qualität des Sozialstaates bemesse sich nicht nach der Masse des Geldes, das umverteilt wird, sondern danach, ob er tatsächlich Lebenschancen für Menschen eröffne.
- Zur Senkung der **Lohnnebenkosten** wird eine stärkere Steuerfinanzierung des Sozialstaates und mehr Eigenvorsorge gefordert.
- Reform des **Föderalismus**, damit die staatlichen Aufgaben effektiver erledigt werden können. Als wesentlicher Schritt wird hierfür die Neugliederung der Bundesländer mit dem Ziel einer Reduzierung angesehen.
- Hinwendung zum Begriff der „**Heimat**“. Ein Auseinanderfallen der städtischen Räume in soziale, ethnische und kulturelle Bruchstücke bedrohe die Zukunft der Gesellschaft.

## 5. Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung Hauptabteilung Politik und Beratung:

Dr. Ralf Thomas Baus  
Kordinator Parteien, Staat und Gesellschaft  
Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
ralf.baus@kas.de  
Tel. 0 30/2 69 96-503